

**Weisung
des Stadtrates an den Gemeinderat**

**Postulat von Gody Müller und 3 Mitunterzeichnenden
betreffend Allgemeine Verwaltung, Senkung des
Personalbestandes, Abschreibung**

Der Gemeinderat überwies am 6. Januar 1993 das Postulat GR Nr. 92/51 von Gody Müller und 3 Mitunterzeichnenden vom 5. Februar 1992 mit folgendem Wortlaut dem Stadtrat:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der allgemeinen Verwaltung (exklusive Spitäler, Heime, Werke und Polizei) mit natürlichen Abgängen der Personalbestand von 1992 bis 1996 um 10 Prozent gesenkt werden kann.

Der Stadtrat erstattet über die Entwicklung des Personalbestandes seit 1992 wie folgt Bericht, wobei auch die Zahlen von 1997 einbezogen werden. Vorerst ist festzuhalten, dass der Begriff der «Allgemeinen Verwaltung» oder der «Verwaltung im engeren Sinn (i.e.S.)» sehr unterschiedlich interpretiert werden kann. Die Postulanten verstehen darunter die gesamte Verwaltung ohne Spitäler, Heime, Werke und Polizei. Mit dem Begriff «Werke» werden üblicherweise die Wasserversorgung, das Elektrizitätswerk, die Gasversorgung, die Verkehrsbetriebe, das Abfuhrwesen und die Stadtentwässerung erfasst. In den Weisungen zum Budget und zur Rechnung werden demgegenüber die «Gemeindebetriebe» als Ganzes separat ausgewiesen, zu denen neben den Werken auch die Wohnsiedlungen gehören.

Erschwert wird eine detaillierte Übersicht (nach Departementen oder nach Dienstabteilungen) dadurch, dass in der Verwaltungsreorganisation gemäss Gemeindebeschluss vom 24. September 1995 und durch eine grosse Zahl von anderen Reorganisationsmassnahmen ganze Dienstabteilungen und Bereiche umstrukturiert, aufgehoben oder in anderen Einheiten zusammengefasst wurden. Eine nach Departementen oder Dienstabteilungen gegliederte Übersicht würde nur Sinn machen, wenn gleichzeitig umfangreiche Erläuterungen abgegeben würden. Sie wird vom Postulat auch nicht verlangt. Der Stadtrat beschränkt sich deshalb in einer ersten Übersicht darauf, die Bestandesentwicklung in den vier Bereichen «Verwaltung im engeren Sinn, Gemeindebetriebe, Spitäler und Heime sowie Lehrkräfte» aufzuzeigen. Mit der Subtraktion der Bestände der Polizei wird in einem zweiten Schritt die Entwicklung der Verwaltung i.e.S. gemäss Definition des Postulats aufgezeigt. Zu erwähnen ist allerdings, dass darin teils recht grosse Bereiche enthalten sind, die üblicherweise nicht zur klassischen Verwaltung gezählt werden, so z. B. – um nur einige zu nennen – der Kulturbereich, der Strassenunterhalt, die Berufsfeuerwehr, die Sanität, die Badeanlagen und Toilettenbetriebe, das Ingenieurbüro für bauliche Anlagen, die Kontakt- und Anlaufstellen oder der Sportbereich. Andererseits bestehen auch bei den Gemeindebetrieben sowie bei den Spitälern und Heimen Verwaltungsbereiche, die nicht speziell ausgeschieden werden.

Nicht berücksichtigt in den beiden folgenden Aufstellungen sind die Behördenmitglieder, das Personal der unselbständigen städtischen Unternehmungen (Übergang der AHV-Zweigstelle zur kantonalen Sozialversicherungsanstalt per 1. Januar 1997) und der Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie die vom Kanton besoldeten Volksschul-Lehrkräfte.

Entwicklung des Personalbestandes 1992 bis 1997 (Jahresdurchschnitt, gerundet), Gliederung gemäss Postulat

Bereich/Anzahl Stellen	1992	1996	1997	Veränderung 1992 bis 1997 in %
Verwaltung i.e.S. (inkl. Polizei)	7 448	7 588	7 640	+ 2,6
Gemeindebetriebe	4 598	4 190	4 073	- 11,4
Spitäler und Heime	4 577	4 608	4 533	- 1,0
Lehrkräfte	1 066	1 062	1 081	+ 1,4
Total I	17 689	17 448	17 327	- 2,0
Verwaltung i.e.S. (wie oben)	7 448	7 588	7 640	+ 2,6
./ Stadtpolizei inkl. Blaue Zonen, Ordnungsbussen-zentrale, Verkehrskontrolle	- 1 666	- 1 837	- 1 874	+ 12,5
Total II	5 782	5 751	5 766	- 0,3

Der gesamte städtische Personalbestand nahm im Zeitraum 1992 bis 1997 um 362 Stellen oder 2 Prozent ab. Am stärksten beteiligt daran sind die Gemeindebetriebe mit mehr als 500 Stellen (- 11,4 Prozent), wogegen die Stadtpolizei eine Zunahme um 208 Stellen (+ 12,5 Prozent) verzeichnete. Insgesamt blieb die Stellenzahl bemerkenswert konstant.

Die Verwaltung i.e.S. nach der Definition des Postulats wies eine Abnahme um 16 Stellen oder 0,3 Prozent auf. Das postulierte Ziel, den Personalbestand in diesem Bereich um 10 Prozent zu senken, wurde nach dieser Definition klar nicht erreicht. Zu erwähnen ist nun aber, dass gewisse Dienstabteilungen, vor allem im Sozialdepartement, personell erheblich verstärkt werden mussten, um ihre stark zunehmenden Aufgaben bewältigen zu können. Erwähnt sei hier das Arbeitsamt, das im Berichtszeitraum von 71 auf 256 Stellen anwuchs. Ähnlich gravierende Personalvermehrungen wiesen das Fürsorgeamt, das Jugendamt (neu Amt für Jugend- und Sozialhilfe bzw. Amt für Soziale Einrichtungen) und der Ergänzende Arbeitsmarkt auf; exakte Vergleiche auf Dienstabteilungs-Ebene sind hier wegen der Verwaltungsreorganisation sowie der Anfang 1997 vorgenommenen Umstrukturierung des Sozialdepartements schwierig.

Differenzierter und aussagekräftiger lässt sich die Entwicklung des Personalbestandes aufzeigen, wenn die Aufgaben der Verwaltung in die folgenden Bereiche aufgliedert werden:

Entwicklung des Personalbestandes 1992 bis 1997 (Jahresdurchschnitt, gerundet)
Gliederung nach Aufgabenfeldern

Aufgabe/Anzahl Stellen	1992	1996	1997	Veränderung 1992 bis 1997 in %
Gesundheit (inkl. Sanität)	3 494	3 547	3 517	+ 0,7
Alters-, Kinder-, Jugendheime	1 218	1 319	1 284	+ 5,4
Sozialwesen (inkl. Arbeitsamt)	796	1 059	1 168	+46,7
Polizei, Sicherheit ¹	1 772	2 020	2 053	+15,9
Bildung, Schulen ²	1 597	1 534	1 553	- 2,8
Werke/Betriebe	4 683	4 266	4 138	-11,6
Kultur/Sport/Freizeit	276	326	310	+12,3
Verwaltung i.e.S.	3 853	3 377	3 304	-14,2
Total	17 689	17 448	17 327	- 2,0

¹ inkl. Blaue Zonen, Ordnungsbussenzentrale, Berufsfeuerwehr und Amt für Zivilschutz

² inkl. Schulen des Stadtärztlichen Dienstes, Hauswartung, Zentrale Schulverwaltung, Museum für Gestaltung.

Nach dieser Differenzierung aufgrund von Aufgabenfeldern hat sich der Personalbestand der Verwaltung i.e.S. um deutlich mehr als 10 Prozent vermindert, nämlich um rund 550 Stellen oder 14,2 Prozent. Ihr Anteil am gesamten Personalbestand sank von 21,8 auf 19,1 Prozent, und es wird deutlich, dass eine Umlagerung vor allem zum Sozialbereich und zur Polizei/Sicherheit stattgefunden hat. Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Personalbestand der gesamten Stadtverwaltung bemerkenswert konstant geblieben ist, obwohl die Aufgabenlast insgesamt sicher eher zu- als abgenommen hat. Die Sparbemühungen der vergangenen Jahre führten zu recht massiven Stellenverschiebungen und weniger zu einem auch arbeitsmarktpolitisch fragwürdigen Stellenabbau. Als erfreulich kann sicher auch gewertet werden, dass sich die Verschiebungen sehr sozialverträglich und zu einem überwiegenden Teil mittels der natürlichen Fluktuation gestalten liessen.

Im Verhältnis zur mittleren Wohnbevölkerung der Stadt hat sich die Stellenzahl der Verwaltung i.e.S. von 0,99 Prozent im Jahr 1992 auf 0,92 Prozent im Jahr 1997 vermindert.

Zum Schluss sei erwähnt, dass sich der Netto-Personalaufwand der gesamten städtischen Verwaltung von 1992 bis 1997 – unter Ausklammerung der Löhne an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ergänzenden Arbeitsmarkt – bei praktisch unverändertem Personalbestand um nur gerade 1,2 Prozent erhöht hat. Im gleichen Zeitraum war gemäss Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise eine Teuerung von rund 9 Prozent zu verzeichnen.

Dem Gemeinderat wird beantragt:

1. Vom vorstehenden Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat GR Nr. 92/51 von Gody Müller und 3 Mitunterzeichnenden vom 5. Februar 1992 wird als erledigt abgeschrieben.

Die Berichterstattung im Gemeinderat ist dem Vorsteher des Finanzdepartements übertragen.

Im Namen des Stadtrates
 der Stadtpräsident
Josef Estermann
 der Stadtschreiber
Martin Brunner